

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Das Echo der Kanzlerrede.

### Französische Pressestimmen.

Paris, 7. März. (Eca.) Unter den zahlreichen Kommentaren zu der Rede des Reichskanzlers Dr. Cuno, die in der französischen Morgenpresse heute vorliegen, bemühen sich nur wenige Blätter, die Rede des Kanzlers politisch ernsthaft auszuwerten.

Am bemerkenswertesten ist ein Artikel des „Gaulois“. Dieser schreibt, der erste Eindruck der Rede sei der, daß sie nichts verberge. Das Charakteristische in der Rede sei, daß sie, während sie gegen die Forderungen der Wahrung einlegt, gleichzeitig versucht, eine allgemeine Intervention herbeizuführen.

Der Berliner Korrespondent des „Journal“ meint, daß die Rede des Reichskanzlers jede Art friedlichen Verkehrs mit Deutschland unmöglich mache, um so mehr, als Dr. Cuno offiziell erklärt habe, daß der Wunsch zu Verhandlungen von Frankreich ausgehen müsse. „Matin“ meint, Cuno hätte eine Propagandarede gehalten. Er habe keinerlei positive Richtlinien dargelegt, weder für die Ausführung des Vertrages noch für die Durchführung des weiteren Widerstandes.

„Petit Journal“ vergleicht Cuno mit einem Adoranten, der auf Freisprechung plädiert, aber gleichzeitig auch den Staatsanwalt spielen will. Das Blatt schreibt: Der Kanzler verfolge in dem Wunsche, die öffentliche Meinung im Auslande, besonders die Amerikaner, günstig zu beeinflussen, durch ein gekünsteltes Gebäude den guten Willen Deutschlands zur Erfüllung der Reparationen darzulegen.

Eine gewisse Enttäuschung kommt in dem Artikel des „Figaro“ zum Ausdruck. Die offizielle Politik Deutschlands, so schreibt das Blatt, sei nicht prozogen. Es zeige sich entwaffnet und friedfertig einem Frankreich gegenüber, das den Krieg suchte. Diese Politik sei nicht ungeschickt, denn die deutsche Propaganda verbreitet dadurch in der ganzen Welt die Legende vom französischen Imperialismus. Die Rede Cunos verfolge diese Grundlinien der deutschen Politik. Sie ist um so geschickter, als sie nichtsagend erscheint.

Von weiteren Pariser Pressestimmen meldet Europa-Presch noch folgende: „Deux“ legt einen bestimmten Satz der Rede dahin aus, daß der Kanzler bereit sei, in Unterhandlungen einzutreten, ohne daß vorher die Ruhr geräumt werden müßte. Die Rede enthalte jedoch keinerlei bestimmte Vorschläge. Wenn aber Cuno von seiner Genugtuung über die Stabilisierung des Marktes und der Ausgabe einer Goldanleihe spricht, so beweise dies, daß die deutsche politische Lage nicht so verzweifelt sei, wie behauptet wird. Die deutschen Abgeordneten würden gut daran tun, die Regierung aufzufordern, wie sie sich die Erfüllung des Versailler Vertrags denke, d. h. wie sie Frankreich und Belgien Reparationszahlungen sichern will, auf die die beiden Länder berechtigten Ansprüche haben.

Zur die „Ere Nouvelle“ schlägt einen etwas anderen Ton an. Sie schreibt, daß die Rede des Kanzlers enttäuscht habe, da man auf ein rasches Nachgeben des deutschen Widerstandes gehofft hatte. Es sei somit lächerlich zu behaupten, die Zeitungen machten Bluff. Tatsache sei, daß der deutsche Widerstand noch nicht am Ende angelangt sei. Dies sei bedauerlich, aber an der Tatsache sei nichts zu ändern. Die ganze Hoffnung Poincarés beruhe auf der Ermüdung Deutschlands. Man sagt, Poincaré habe sich geirrt. In diesem Falle müsse man sich aber fragen, ob man Poincaré den nötigen Kredit geben könne, die Ruhrprozedur zu Ende zu führen.

### Das Echo in England.

London, 7. März. (W.B.) „Times“ schreibt, die gestrige Rede des Reichskanzlers Dr. Cuno habe keinen Hinweis darauf gegeben, welche Vorschläge die Deutschen zu machen bereit sein würden, und nur angedeutet, daß der passive Widerstand fortgesetzt werden könne bis zu dem Augenblick, wo Deutschland in der Lage sein werde, unter gleichen Bedingungen zu verhandeln. Augenblicklich scheine es daher, als ob der Konflikt sich hinschleppen werde, zum großen Schaden der unmittelbar in Betracht kommenden Länder und Europas. Trotzdem: einmal müßten Verhandlungen für eine Regelung beginnen, und französische Publizisten stellten bereits Vermutungen über die Form der Verhandlungen an. Das Bestreben scheine vorhanden zu sein, für eine Abänderung des Versailler Vertrages in einem für Frankreich günstigeren Sinne einzutreten.

### Cuno und die Rechte.

Es ist interessant, wie sich die Presse der Rechten mit der gestrigen Kanzlerrede auseinandersetzt. Schon der plötzliche ausbrechende Beifall der Deutschnationalen inmitten des angefangenen Satzes „Darum fort mit dem Gerede über Verhandlungen...“ ließ erkennen, daß für die Rechte mit diesem Satzbruchstück das Stichwort gegeben war. So veränderte der „Tag“, in seiner großen Ueberschriftzeile: „Fort mit dem Gerede über Verhandlungen!“ Der „Lokalanzeiger“: „Kein Verhandlungsgerede mehr!“ Die „Deutsche Tageszeitung“: „Cuno gegen das Verhandlungsgerede.“ Die „Kreuzzeitung“: „Fort mit dem Gerede über Verhandlungen.“

Eine Ausnahme bildet die nach den Völkischen Liebäugelnde „Deutsche Zeitung“. Ihre Ueberschrift lautet: Widerstand trotz Verhandlungsbereitschaft.“ Unter ihr führt sie aus:

Dem Reichskanzler wäre ein unbestrittener Sieg sicher gewesen, hätte er die Liste der Tatsachen mit dem einen Satze abgeschlossen: „Darum fort mit dem Gerede von Verhandlungen, fort mit der Mahnung zur Verständigung!“

Er hat den Satz gesprochen, aber erst später, und leider nicht ihn allein. Es ist selbstverständlich, daß eine Regierung, die den französischen Widerstand für bleibend hält, in ihrem Widerstand — „passiven Widerstand“, betont der Kanzler — nicht zu erlahmen gedenkt, und es ist ebenso selbstverständlich, daß der Leiter der Regierungspolitik sich in diesem Augenblick von neuem dazu bekennt. Aber wenn des Befehms jetzt feierlich wiederholt wird — worum die Abschwächung? Frankreich kann wieder Holz und Kohle von uns haben, aber nur auf Grund einer Verständigung; wie wollten Frank-

reich geben, was ihm zukommt und — wollen es noch: also doch Verhandlungen, doch Verständigung! Wann? So lange die Franzosen noch im Ruhrgebiet stehen? Der Kanzler sagt es nicht, aber man hört staunend in diesem Zusammenhange, daß er wieder erfüllen will, zwar nur bis zur Grenze unserer von Sachverständigen festgestellten Leistungsfähigkeit, aber doch erfüllen will, vernimmt aufhorchend die Versicherung, daß diese — Cuno betont das Wort — Regierung nichts unterschreiben wird, das sie nicht halten kann, und meint, vermuten zu dürfen, daß der Verhandlungstisch schon bereitgestellt wird.

Im übrigen erklärt auch Schwarzer im „Tag“: Herr Cuno ist haarscharf auf der Linie stehengeblieben, die er bei Beginn seiner Kanzlerschaft wie auch bei Beginn der Ruhraktion gezeichnet hatte: wir wollen erfüllen nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern der Welt, soweit wir können.

In der rechtsstehenden Presse ist Herr Cuno als der Kanzler gefeiert worden, der nicht mehr erfüllen und nicht mehr verhandeln will. Wie man sieht, sind aber jetzt die Meinungen über diesen Gegenstand geteilt.

Frankfurt a. M., 7. März. (W.B.) Zur Reichskanzlerrede schreibt die „Frankf. Ztg.“, die im allgemeinen den Ausführungen Cunos zustimmt: Wir haben nicht recht verstanden, wenn der Kanzler seinen Erklärungen noch den emphatischen Zusatz hinzufügt: „Fort mit dem Gerede über Verhandlungen!“ Von einem solchen Gerede über Verhandlungen ist uns bei irgendeiner einflussreichen politischen Gruppe in Deutschland nichts bekannt. Im Gegenteil: die Nation und die politische Welt stehen bis auf extremste Kreise rechts und links einmütig hinter der Regierungspolitik des ehrenvollen Widerstandes gegen die Gewalt. Sollten aber die Worte an das Ausland gerichtet sein, so wären sie auch unter diesem Gesichtspunkt nicht besonders glücklich. Denn wenn andere Mächte sich einmal zu der vom Kanzler heute lebhaft gewünschten Hilfeleistung für uns entschließen sollten, so wird sich ja doch wohl zunächst irgend welches „Gerede“ über Verhandlungen einstellen. Diese Worte haben dann auch außer dem Beifall der Rechten Unruhe bei der Sozialdemokratie erregt und werden vielleicht in der Debatte aufgegriffen werden.

### Aufregung in England.

#### Neue Wahlniederlage der Regierung.

London, 7. März. (Reuter.) Die Regierung hat bei der Nachwahl in Edgell, Distrikt Liverpool, eine dritte vernichtende Niederlage erlitten. Hayes, Mitglied der Arbeiterpartei, erhielt dort 10 300 Stimmen, während auf den Konservativen, Major Hills, Finanzsekretär im Schaham, nur 9250 Stimmen fielen.

London, 7. März. (W.B.) Die Wahlniederlage Hills hat in politischen Kreisen riesiges Aufsehen hervorgerufen. Die Blätter schreiben, es sei als wenn angenommen worden, daß Edgell ein sicherer Sitz der Regierung sei. In der parlamentarischen Geschichte gebe es kein Beispiel, daß drei Mitglieder des Ministeriums unmittelbar nacheinander bei Ersatzwahlen geschlagen wurden. Diese Lage werde eine ernsthafte Prüfung durch das Parlament erfordern. Das Ergebnis von Edgell wurde im Unterhaus bekannt, als über einen Arbeiterantrag abgestimmt wurde. Unter den Arbeitermitgliedern herrschte große Begeisterung, die sich in Kundgebungen laut machte. „Daily News“ sagt, die Niederlage habe bei ihrem Bekanntwerden im Unterhaus wie eine Bombenexplosion gewirkt. Es verstehe sich von selbst, daß der Verlust von Edgell die Schwierigkeiten der Regierung beträchtlich vermehrt habe. Die Niederlage des Finanzsekretärs des Schahamtes, der einen der wichtigsten Posten in der Regierung inne habe, zumal im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die Einbringung des Budgets nahe bevorstehe, habe die Schwierigkeiten Bonar Laws bei der Verwirklichung seiner Regierung beträchtlich erhöht. Augenblicklich seien die Posten des Gesundheitsministers, des Finanzsekretärs des Schahamtes, des Unterstaatssekretärs des Innern und des Lordadvokaten von Schottland im Unterhaus nicht vertreten.

Die volle Bedeutung dieses Wahlergebnisses läßt sich allerdings erst erkennen, wenn man diese Stimmzahlen mit denen vergleicht, die die allgemeinen Wahlen im November vorigen Jahres ergeben hätten. Damals war nämlich der konservative Sir W. Rutherford gegen den Arbeiterparteilager Hayes (den jetzigen Sieger) mit 14 186 gegen 9320 Stimmen, also mit einem Vorsprung von 4866 Stimmen, gewählt worden. Innerhalb von vier Monaten konservativer Regierungspolitik hat der Arbeiterparteilager fast 1000 Stimmen gewonnen, der konservative Kandidat dagegen fast 5000 Stimmen verloren!

### Dollar 20 625.

Die Rede des Kanzlers bleibt an und für sich an der Börse eindrucklos. Allerdings bricht sie den Sensationsgerüchten, die in den letzten Wochen hier verbreitet wurden, die Spitze ab. Die Mitteilung Cunos, die Regierung werde in der Sitzung der Mark weiter unvermindert fortfahren, führte am Devisenmarkt einen Sturz herbei. In den Vormittagsstunden wurde der Dollar mit etwa 21 500 resp. etwas darunter gehandelt. An der Börse senkte er sich um 12 Uhr bis auf 20 625 Geld; Umsätze fanden kaum statt. Die Reichsbank tritt heute als Käufer auf. Von sonstigen Denen nannte man Holland mit 8850, England mit 101 000, Paris 1335, Brüssel mit 1160. In die Effektenmärkte brachte naturgemäß der Denzentwurf anfangs Abgabeineigung von seiten der Spekulation. Die ersten Kurse verzeichneten überwiegend Rückgänge, wenn sie sich auch in mäßigen Grenzen hielten.

## Notgemeinschaft an der Ruhr.

Von Richard Woldt.

Ruhrrevier, 5. März 1923.

Als die Franzosen den ersten Vorstoß unternahmen und maßgebende Führer der Industrie, bekannte Zechenbesitzer festgenommen wurden, haben die Arbeiter der betreffenden Werke sich mit ihren Unternehmern solidarisch erklärt. Das ersieht für viele unserer Parteigenossen, besonders im Hinterland, als eine recht sonderbare Einheitsfront.

Ausgerechnet Industriearbeiter in Rheinland-Westfalen standen mit ihren Unternehmern in geschlossenen Abwehrkampf zusammen. Selbst kommunistische Betriebsräte haben über die Köpfe ihrer Führer hinweg sich zu diesem Standpunkt der Solidarität bekannt. Die „Triumphfahrt“ der Zechenherren von Mainz bis Essen wird gewiß eine Episode bleiben, und nicht immer und überall ist die Stimmung in den Grenzen einer gesunden nationalen inneren Abwehr geblieben, sondern es haben sich nationalitisch überhitzte Momente dabei ergeben. Aber diese Dinge werden bald vergessen sein. Nicht vergessen dagegen wird man die Tatsache können, wie hier im Ruhrgebiet die Arbeiter sich in die vordersten Reihen gestellt haben, wie besonders die Eisenbahner, Bergarbeiter und Schupoleute, gepeinigt durch Mißhandlungen der schlimmsten Art, in der wunderbarsten Disziplin standgehalten haben. Die Namenlosen sind wieder einmal für das deutsche Land, für das deutsche Volk eingetreten.

Und doch haben sich diese Vorgänge mit einer gewissen Selbstverständlichkeit abgepielt. Es war der unmittelbare, instinktive Selbsterhaltungstrieb, der aus der Rasse der Arbeiterschaft selbst das Handeln bestimmt hat. Die Franzosen, die ihre ganze Hoffnung darauf eingestellt hatten, daß der Arbeiter in Rheinland-Westfalen sich zu einem Kampf gegen seine eigene Regierung und gegen sein eigenes Unternehmertum gebrauchen lassen würde, erhielten nach Paris die Antwort: „Ueberlaßt es uns, mit unseren deutschen innerpolitischen Verhältnissen und mit unserem deutschen Unternehmertum allein fertig zu werden. Deutschland ist unsere eigene Arbeitswelt, unsere eigene Angelegenheit.“

Es haben Ideologen hüben und drüben nun das Wort der „nationalen Einheitsfront“ gefunden. Die Bezeichnung ist falsch. Besonders ist es grundfalsch, hier Vergleiche mit den Vorgängen am Anfang des Krieges zu ziehen. Das ist hier keine Stimmung des 4. August. Es darf auch nicht zu jener Stimmung kommen, wie sie damals war, die im Ueberchwang der Gefühle bald in Widerspruch kam zu den harten Tatsachen der Wirklichkeit und dann zusammenbrach. Die Arbeiter sprechen deshalb auch hier nicht vom „Durchhalten“, sondern vom „Durcharbeiten“ mit jenem finsternen Westfalentrotz und hartem Willen, der allein nur zum Ziele führen kann.

Wir haben auch keine nationale Einheitsfront, denn wir sind kein einzig Volk. Jede Selbsttäuschung wäre verhängnisvoll. Wir sind ein Volk, das erst politisch inmitten einer neuen Entwicklung stand und zur Klarheit kommen wollte. Wir sind in der Zusammensetzung unseres politischen Parteilbens anders aus der Revolution herausgekommen, wie wir in den Krieg hineingegangen sind. Ueberall ein Suchen nach neuen politischen Formen und Ideen. Die heutige Generation überläßt auch in politischer Beziehung dem nächsten Geschlecht ein Trümmerfeld. Als Symbole und bisher liebgewordene politische Vorstellungen sind rechts und links zusammengebrochen. Militarismus, die Idee des Obrigkeitstaates sind ebensowenig in die Neuzeit hinüberzuschleppen, wie Wilhelm II. aus Holland das Symbol der Monarchie in ernsthaft politisch rechts organisierten Köpfen heute noch verkörpern kann.

Wir auf der linken Seite der politischen Bewegung in Deutschland haben ebenfalls mit neuen politischen Problemen innerlich fertig zu werden. Ganz abgesehen davon, daß wir die Anziehungskraft kommunistischer Ideen auf die Massen, besonders in Zeiten der Not, in Rechnung zu stellen haben, sind wir in der eigenen Partei nur mühselig zur äußeren Vereinigung auseinanderstrebender Richtungen gekommen, ohne daß wir innerlich schon gedanklich einheitslich orientiert sind. Alle Parteien befinden sich also heute im Krisenzustand; nur politische Kinder können noch daran glauben, daß man den politischen Parteikampf in den alten Formen und alten Ideen weiterzuführen imstande sein wird.

Diese Entwicklung ist ein geistiger Vorgang, ein Erziehungsprozess. Nun hat der Franzose mit Gewalt eingegriffen und uns in unserer Arbeit gestört. Mit Verlaß zu sagen, wir im Westen sind nicht naiv genug, um jetzt ungestört wegen unserer häuslichen Angelegenheiten uns mit unseren wirtschaftlichen Begnern im eigenen Lande auseinanderzusetzen, während Hannibal vor den Toren steht. Diese Dinge werden bewußt und wohlüberlegt auf morgen vertagt, weil heute der Eindringling abgewehrt werden muß. In diesem Abwehrkampf nach draußen stellen wir uns zusammen. Und da es sich um einen wirtschaftlichen Stellungskrieg handelt, die Wirtschaftsorganisationen den schwersten Stoß auszuhalten haben, bilden die Gewerkschaften mit den Unternehmerorganisationen eine Notgemeinschaft, wobei das Wort „Not“ dreifach unterstrichen wird.

Die Entscheidung darüber, ob wir damit die Sache der Arbeiterschaft gefährden, soll man uns gefälligst selbst überlassen. Wir hier im Ruhrgebiet wissen wahrhaftig, wie stark die Gegenkräfte sind, die zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft noch ausgekämpft werden müssen. Aber wenn uns die Franzosen die Gebäude der Handelstammer und Gewerkschaftshäuser mit gleicher Bestialität demolieren und die Lants

ohne Ursache in die friedliche Menschenmenge hineinfahren, wenn unsere Kumpels, die morgen zur Schicht einfahren, mit der Keilspitze in das Gesicht geschlagen werden, wenn man wehrlose Frauen und Kinder peinigt, dann sind wir verpflichtet genug, um zu erkennen, weshalb diese Situation nicht für uns zu einer Lohnbewegung oder zu einem parteilastischen Tagesgeschäft ausgenutzt werden kann. Nichts darf von unserer Seite geschehen, um diesen schweren Abwehrkampf der Notwehr zu zermürben.

Deshalb muß heute klar und ohne Schwankung erkannt werden, um was es hier im Ruhrgebiet geht. Wir als Sozialdemokratie, als die größte Partei Deutschlands, können uns am allerwenigsten den Luxus leisten, in entscheidungsvollen Stunden mit Wenn und Aber, mit allen möglichen gewählten Vorbehalten uns der Verantwortung zu entziehen. Weil wir eine Macht sind, haben wir den Mut zur Macht und Verantwortung zu beweisen. Von der deutschen Arbeiterklasse, von der deutschen Sozialdemokratie wird es mit abhängig sein, ob die Bajonette und Tanks der größten militärischen Macht auf dem Kontinent überwunden werden durch die größere Gewalt der Kultur und Menschlichkeit, durch den Kampf des Rechts. Es gibt ein Urteil, das unbestechlich und unerbittlich ist: das Urteil der Geschichte. Wehe, wenn einmal eine spätere Zeit von uns sagen müßte: In dieser Stunde der Not haben die Sozialisten nicht bis zum letzten Augenblick ihre Pflicht getan! Wenn es erwiesen werden könnte: Die Sozialisten hätten nicht gewußt oder hätten gehandelt, wo ihr Platz war!

## Der Verhandlungsführer des „Temps“.

Die in unserer Montagsausgabe abgedruckte längere Auslassung des Pariser „Temps“ über die Ziele der französischen Politik und über die Frage der Verhandlungen erscheint uns aus verschiedenen Gründen recht bemerkenswert. Bekanntlich spielen die außenpolitischen Leitartikel des „Temps“ die gleiche Rolle wie die Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ unter dem alten deutschen Regime.

In diesem Falle handelte es sich augenscheinlich um einen hochförmigen Auftrag, denn er bildete eine Antwort auf die Rede, die Mussolini unmittelbar vorher im italienischen Ministerrat gehalten hatte und in der sich nach dem von uns abgedruckten telegraphischen Bericht folgende Stelle befand:

Eine neue Richtung in der Haltung der beiden Gegner könnte dadurch eingeschlagen werden, daß der eine dem anderen einen neuen Vorschlag unterbreitet, eine Vermittlung verlangt oder auch durch eine Erklärung der politischen Ziele, die Frankreich zu verfolgen vorgibt, Ziele, die sich bis jetzt auf die Bezahlung der Reparationen beschränken.

Darauf antwortet der „Temps“ zunächst mit der Versicherung, daß Frankreich nicht daran denke, irgendeine Annexion vorzunehmen, und daß es nur „seine Reparationen und seine Ruhe“ erstrebe. Man mag nun in Anbetracht anderer zumindest zweideutiger Äußerungen von offiziellen französischen Persönlichkeiten dieser Erklärung skeptisch gegenüberstehen; nach den vielen üblen Erfahrungen, die wir auf diesem Gebiete gemacht haben, ist ein Mißtrauen durchaus am Platze. Insbesondere wird man die Frage aufwerfen müssen, ob nicht bei dem Worte „Ruhe“ ein annexionsistischer Pferdeschuh zum Vorschein kommt. Aber man darf andererseits nicht verkennen, daß hier zum ersten Male seit mehreren Wochen von offizieller französischer Seite politische Absichten in Abrede gestellt werden.

Des weiteren beantwortet der „Temps“ die von Mussolini aufgeworfene Frage nach „neuen Tatsachen“, die eine Lösung des Ruhrkonfliktes bringen könnten, mit der Erklärung, daß Deutschland „schriftliche, genaue, offizielle und annehmbare Vorschläge“ den Befehlsmächten oder der Gesamtheit der Alliierten übermitteln sollte. Also auch hier wird zum ersten Male französischerseits eine wichtige Erklärung abgegeben, nämlich die der Verhandlungsbereitschaft, und zwar wird auf den Weg allgemeiner Verhandlungen hingewiesen, während es bisher

den Anschein hatte, als ob Frankreich und Belgien nur allein, kraft ihres militärischen Gewaltunternehmens und unter Ausschaltung Englands, Amerikas und Italiens, mit Deutschland die Reparationsfrage lösen wollten.

Auch hierbei empfiehlt sich natürlich größte Vorsicht, da alles davon abhängt, was Herr Poincaré als „annehmbar“ erachtet.

Aber trotz allen diesen Vorbehalten darf die Bedeutung dieses „Temps“-Artikels nicht unterschätzt werden. Und wir müssen unser stärkstes Bestreben darüber aussprechen, daß diese Stimme, die wohl mehr als eine gewöhnliche Pressestimme ist, von keiner Nachrichtenagentur verbreitet wurde. Insbesondere erscheint es uns ganz unverständlich, daß W. B. diesen „Temps“-Artikel mit keinem Worte erwähnt hat. Der Reichskanzler Cuno hat gestern im Reichstag die Verhandlungsbereitschaft der Reichsregierung in geschickt stilisierten, aber unglücklich betonten Sätzen ausgesprochen. Die Tatsache, daß der „Temps“-Artikel in Deutschland gänzlich unbeachtet geblieben wäre, wenn wir ihn nicht nachträglich aus dem Original abgedruckt hätten, läßt aber befürchten, daß diese Politik des Reichskanzlers nicht die erforderliche Unterstützung durch die ihm untergeordneten Presseorgane findet. Mangelhafte Begabung ist in diesem Falle ebenso schädlich wie ungenügender Eifer.

## Was ist daran Wahres?

Paris, 7. März. (E.) Dem „Coblogramme“ wird aus autorisierter Quelle erklärt, im Augenblick der Pariser Konferenz hatte Staatssekretär Bergmann gefordert, daß er von den alliierten Ministerpräsidenten empfangen werde, um ihnen einen Plan vorzulegen. Es wurde ihm erwidert, daß die Ministerpräsidenten bereit seien, sich mit ihm zu besprechen. Vorher müsse aber der Plan schriftlich vorgelegt werden. Bergmann antwortete nicht, und die Zusammenkunft habe nicht stattgefunden.

Angesichts der Bedeutung, die der Haltung des deutschen Delegierten zur Pariser Konferenz im Auslande zugeschrieben wird, ist eine amtliche Äußerung zu der oben wiedergegebenen Meldung dringend erwünscht.

## Was wollen die Kommunisten?

Seit Wochen lesen wir in der gesamten kommunistischen Presse, daß die Regierung Cuno, als Beauftragte der Schwerindustrie und der Agrarier, keine Verhandlungen wolle und den Konflikt mit Frankreich auf die Spitze zu treiben suche. Jetzt bläst der Wind plötzlich aus einem anderen Loch. Nun greift das kommunistische Zentralorgan, die „Rote Fahne“, die Regierung Cuno wütend an, weil sie angeblich zu Verhandlungen bereit sei. Dieser „Verhandlungsstrieden“, schreibt sie, sei ein Zeichen dafür, daß „der passive Widerstand der deutschen Bourgeoisie“ zusammenbräche und daß „die deutsch-französische kapitalistische Verständigung“ bevorstehe.

Wenn Worte einen Sinn haben sollen, so bedeutet das, daß die Kommunisten weder Verhandlungen noch eine deutsch-französische Verständigung wollen. Was wollen sie denn? Eine Partei, die vorgibt, breite Schichten der Arbeiterschaft zu vertreten, sollte doch so viel Verantwortlichkeitsgefühl besitzen, ihre politischen Parolen reiflich zu überlegen und nicht bloß Arbeit für die deutschnationalen Katastrophopolitiker zu leisten.

## Amokläufer.

München, 7. März. (Eigener Drahtbericht.) In einer Versammlung überschüttete der bayerische Faschistenführer Hitler die Reichsregierung wieder mit einer Reihe unerhörter Unterstellungen. Seine Ausführungen bewegten sich wie die ganzen Wochen her in der Linie des Kampfes gegen die nationale Einheitsfront. So bemerkte er, die tatsächliche Gleichgültigkeit der Reichsregierung in der Ruhrbesetzungsfrage zeige sich in ihrer verlogenen Parole vom sogenannten passiven Widerstand und der sogenannten Einheitsfront. Eine wirkliche nationale Regierung müßte die nationalen Leidenschaften anspeischen, aber dazu seien die Sesselsieder nicht fähig. Die Reichsregierung müßte die

Uraufführungen von Paul Gurls „Thomas Münzer“ und „Franziskus“. Diesen „Thomas Münzer“, auf den hin Paul Gurl der Meistpreis zuerkannt wurde, endlich aufzuführen war eine Sache der Gerechtigkeit. Daß Paul Barnay in Breslau sich dazu entschloß, kann ihm nicht hoch genug angerechnet werden; und vorweg sei gesagt, daß er sich mit Liebe des Werkes annahm. Was sich ergab, war die eine Tatsache, daß Paul Gurl ein Dichter ist, und die andere, daß sein „Thomas Münzer“ die letzte Höhe dramatischer Gewalt nicht erreicht. Diese Tragödie des Bauernkriebers, der um der Brüder willen Haus und Weib verläßt, der um seinen Gott ringt, wie Jesus bei Gethsemane, diese Idee leidet darunter, daß der Verfasser sie zu sehr, zu untheatralisch angefaßt hat — und darum erscheinen jene Szenen der lösen Bilderfolge, die von einer lyrisch anmutenden Sentimentalität sind, als die glücklichsten. Dennoch zwingt das revolutionäre Element der Dichtung die Hörer, und nach anfänglicher Unsicherheit, stellte sich schließlich voller Erfolg ein, der nicht zum geringsten der strengen Einheitslichkeit der Regie Barnays zu danken war, die entbehrliches, besonders allzu rhetorisches, Strich und aus der Unzulänglichkeit der Darsteller eine im ganzen befriedigende schauspielerische Gesamtleistung schuf.

Zwei Tage vor dem war in Halle desselben Dichters „Franziskus“, ein sehr ungleiches Drama, mit sehr ungleichem Erfolg zur Aufführung gekommen. Borellige Kritik hatte es mit „Boxen“ verglichen, und wenn tatsächlich in der Ungezogenheit der Bilderfolge eine sehr äußerliche Echtheit besteht, so kann von einer solchen zwischen dem impulsiven Szenensturz Bühnenscher Dramatik und der Gebehrtheit der Tragödie Gurls — ist diese Tragödie vielleicht die Tragödie Gurls? — keine Rede sein. Die Tragik des kleinen Beamten, der in der Enge seines Alltags erstickt, ist eine durchaus passiv — und wieder war das Talent des Dichters am glücklichsten, wo es Stimmungen schuf, nicht handlung. Daß Gurl ein Dichter ist, spürte man unter allen Mängeln, die eine ganz miferable Aufführung noch empfindlicher machte, und notdürftiger Beifall erkämpfte müßten dem Stück einen halben Erfolg.

Wieder Privatverleugung in Sowjet-Rußland. Die allmähliche Rückkehr der freien Wirtschaft in Rußland hat zur Folge gehabt, daß seit einiger Zeit neben den Staatsverlagen auch wieder Privatverlage zugelassen sind; allerdings bei ziemlich einengenden Bestimmungen. Eine Verordnung des Rates der Volkskommissare besagt, daß ein Prozent der Auflage im Verlag als Naturalabgabe an den Staat fällt. Mindestens müssen 10 Exemplare des Werkes an den Staat abgeliefert werden. Der Staatsverlag muß auch in jedem Falle die Einfuhr von Büchern, Bildern und anderen Druckergebnissen aus dem Auslande bewilligen. Bücher, die im Auslande in russischer Sprache gedruckt werden, haben dabei einen Goldrubel für das Kilo als Zoll.

Ein neues Wasserkraftwerk in Baden. Die Abflüsse des Rohrborsberges im südlichen Schwarzwald sollen nach einem Bericht des „Industrieblattes“ durch ein neues Wasserkraftwerk, das sogenannte Elzwerk, ausgenutzt werden. Der Inhalt des Staubeckens beträgt 3,2 Millionen Kubikmeter, und durch eine 9,5 Kilometer lange Druckstollenleitung wird ein Gefälle von etwa 600 Meter für Kraftzwecke nutzbar gemacht. Ein weiterer Ausbau, bei dem

Nation in einen Taumel der Raserei versetzen und die Laternenpfähle mit den Novemberverrättern füllen. Nach gegen die Ruhrhilfe trieb Hitler die alte Fähr, indem er erklärte, es sei der Regierung mit ihr nicht ernst, und es könne nicht zum Geben ansetzen, wenn man wisse, daß aus Mitteln der Ruhrhilfe im Ruhrbesetzten Gebiet Gewerkschaftssekretäre unterstützt werden, während man die Bergarbeiter als Sklaven Frankreichs in den Schacht sahren lasse. Die Wut ist klar: damit soll dem deutschen Volke die Gebetswürdigkeit für die Ruhrhilfe vergällt werden.

Ein im bürgerlichen Lager stehender Oberschlesier teilte der „Münchener Post“ seine Münchener Eindrücke über diese Versammlung des Hitters mit. Er bemerkt, daß solche ungeheuerlichen Beschimpfungen der Reichsregierung in den schwersten Schicksalsstunden wohl in keinem anderen Lande der Welt denkbar seien als in Bayern. Hier könnte um keinen Deut anders handeln, wenn er französischer Agent oder Spion wäre. Der Oberschlesier fragte zum Schluß, wie lange man noch den wohlsinnigen Amokläufer gegen sein eigenes Volk wüten lassen werde.

München, 7. März. (Eigener Drahtbericht.) Die bürgerlichen Parteien des bayerischen Landtages haben heute vormittag den kommunistischen Abg. Eisenberger zur Strafvollstreckung wegen Landesverrats freigegeben. Der Landesverrat wurde in einem Artikel erblickt, der von Waffen und anderen Artikeln der Reichsregierung im Ruhrrevier sprach. Der Artikel soll die Wiedergabe der Rede eines preussischen kommunistischen Landtagsabgeordneten sein. Es war in dem Artikel der „Roten Bayerischen“, die Eisenberger verantwortlich zeichnet, nicht angegeben, daß es sich um die Wiedergabe einer Rede handelt.

München, 7. März. (M.B.) An amtlicher Stelle ist Ende Februar bekannt geworden, daß eine Reihe von Persönlichkeiten, die außerhalb der politischen Welt stehen, den Beschluß gefaßt hatten, in alternativer Zeit eine gewaltsame Veränderung der bayerischen Verfassung herbeizuführen. Bisher wurden 15 Verhandlungen vorgenommen und sieben Personen dem Richter übergeben. Die übrigen wurden nach Feststellung des Sachverhalts wieder aus der Haft entlassen. Die Hauptbeteiligten sind der Professor Fuchs, der Kapellmeister Hugo Nachhaus, beide aus München. In der Hochverratsaffäre Nachhaus und Genossen wurde am Mittwoch, den 28. Februar, auch Rechtsrat a. D. Dr. Kühles festgenommen, jedoch nach einigen Stunden wegen Mangels an Beweismaterial wieder entlassen. Dr. Kühles hat sich gestern in seiner Villa erschossen.

Nach unseren Informationen gehören die Genannten keiner radikalsten Gruppe an. Die erwähnten Vorgänge sind vielleicht höchstens für die Erhöhung der Münchener Atmosphäre bezeichnend, ohne daß die sonst irgendwie ernst zu nehmen wären.

## Vormarsch auf Elberfeld.

Essen, 7. März. (M.B.) Aus dem bergischen Lande, beiderseits von Elberfeld und Barmen, werden weitere französische Truppenverschiebungen gemeldet. Insofern ist der Telephonverkehr mit diesem Gebiet erheblich gestört. In Wipperfurth besetzten die Franzosen das Rathaus, ebenso in Mülheim a. R. Die Bahnhöfe Witten, Saar und Langendreer sind besetzt. Der Verkehr auf dieser Strecke ist unterbrochen. In Witten a. R. ist seit gestern das Post- und Telegraphenamt besetzt. In Radevormwald wurde der Postmeister verhaftet und sämtliche Privatanstalten mit der Besetzung abgebrochen, daß dies eine Vergeltung für eine angeblich zerstörte französische Zeitung bedeute. — Von den feineren, in Bochum festgenommenen Polizeibeamten, die beinahe sämtlich ausgewiesen worden sind, werden noch fünf festgehalten. Man nimmt auf Grund der bisherigen Erfahrungen an, daß die Beamten bei den Verhandlungen derart zugerichtet worden sind, daß man sie noch nicht der Offenheit vorzuführen mag. — Beurteilt wurden von den feineren festgenommenen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung von Herne der Baurat Knöpf zu zwei Monaten Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe und zwei weitere Beigeordnete zu 8 und 14 Tagen Gefängnis und gleichfalls zu je 200 000 M. Geldstrafe.

Hektors Abstieg. Der schwer beladene Saarregierungs-„Deutsche“ Dr. Hektor hat sich zurückgezogen und wird vorläufig durch den früheren Landrat Land aus Saarlouis ersetzt.

## Ich suche die Einheitsfront.

Ich suche die nationale Einheitsfront, die lebende Materie aus Zeitungspapier und Brüderlichkeit, in der Bahn, in der Dialekt und am Kurfürstendam.

In den Bahnen Berlins sehe ich Reisende mit Traglasten und Reisende mit Dollarforlosen. Jede verstaute die soziale Verkehrsungerechtigkeit in besonderen Abteilungen dritter Klasse, so, daß sie ohne das peinliche Gefühl, andere belästigen zu müssen, unbequem reisen dürfen. Diese können inzwischen unbehindert die vorübergehende Baifse Schalter an Schalter durchhalten, mit Hilfe Gottes, der Eisenbahnen wachsen läßt.

In den Dörfern verurteilt der Alkohol, ein ganz besonderer Saft, ein einzig Volk von Brüdern, seitdem die patriotischen Wirte Franzosen und Belgier zur Enthaltensamkeit erzogen und nur einheimische Betrunkene huldern. Seit einiger Zeit erweist der Viktor eine Eigenschaft, die bis jetzt an ihm noch nicht bemerkt worden war: die Fähigkeit nämlich, gleichgültige Elemente zu binden. Er ist der Ritt der Dienen-Einheitsfront.

Ihr atypischer Ausdruck ist das Lied: Heil dir im Siegerkranz, das die Anwesenden, sofern sie's noch können, lebend anhören. Bei den Klängen ihrer Nationalhymne: Wer wird denn weinen... legen sie sich wieder.

Hier ist zwar eine Einheitsfront vorhanden, aber eine aus physikalischen Gründen wankende, auf die man sich nicht verlassen kann.

Am Kurfürstendam bilden gallonierte Automobile mit glänzenden Scheinwerfern eine rasende Einheitsfront auf dem glatten Asphalt, die kein Fußgänger durchbrechen kann. In den Autos sitzen die Götter der Banken und Filmgesellschaften mit ihren Schützinnen, der ganze Olymp dieses Jahrhunderts; Merkur, der geflügelte Reichsbankbote, an der Spitze.

In den Fassaden der Häuser aber lauern die Bettler, ihre brennende Einheitsfront der Barmherzigkeit darbietend.

Manchmal kehrt hier ein müder Arbeiter heim, geblendet vom Scheinwerfer seines Unternehmers, ein heimatloser zwischen den zwei Einheitsfronten: einer rasenden der Automobile und der hodernden der Bettler.

Aus seinen Erfahrungen ergibt sich, daß in dieser Stadt einige Einheitsfronten bestehen, getrennt durch die Abgründe sozialer Gerechtigkeit.

## Der rote Joseph.

Zum Direktionswechsel in der Volksbühne. Der Vorstand des Vereins „Volksbühne“ teilt uns mit, daß er dem Bursch Friedrich Kappeler, die Direktion an der Volksbühne, Theater am Bülowplatz, mit Schluß dieser Spielzeit niederzulegen, damit er sich wieder schauspielerischer Tätigkeit widmen kann, entlassen hat. Er hofft, Herr Kappeler der alten Stätte seiner Tätigkeit durch Gastspiele erhalten zu sehen. Zum gleichen Zeitpunkt hat Helene Schmidt im Einverständnis mit der Volksbühne ihren Vertrag gelöst.

der Gutachbach benutzt werden könnte, würde die Erzeugung von 78—88 Millionen Kilowattstunden ermöglichen. Das Elzwerk soll mit den Werken am Rhein zusammenarbeiten und diese hauptsächlich in den Wintermonaten, wo der Rhein wenig Wasser führt, unterstützen.

Mitlen mit der Ugl. Was würden unsere Hausfrauen dazu sagen, wenn sie in ihren täglichen Mühen sich von den Rüben und dem Rindfleisch vollkommen unabhängig machen könnten, wenn sie einfach eine Art zu nehmen brauchten, um sich mit ihr, ohne sich um die Jahreszeit und den Milchpreis kümmern zu müssen, den täglichen Vorrat zu verschaffen? In dieser Dänen Bogen befinden sich die Profilanerinnen, in deren glücklichem Lande der „Milchbaum“ wächst. Wenn die eingeborenen Frauen dieses Landes sich mit der nötigen Milch versorgen wollen, nehmien sie eine Art und eine Rotenmilchballe und tragen einen Einschnitt in den Stamm des nächsten Milchbaumes. Sie lassen dann von dem reichen saftigen Saft, der herausfließt, so viel in das Gefäß träuveln, wie sie wollen, und ziehen befriedigt wieder ab. Der Saft des Milchbaumes ähnelt in hohem Maße bitter Sahne und ist im Geschmack kaum von frischer Kuhmilch zu unterscheiden, nur etwas herber. Mit Wasser gemischt liefert dieser Baumsaft ein köstliches Getränk. Wenn er dick wird, bietet er einen ausgezeichneten Weim dar. Die Rinde des Baumes, die sehr stark ist, hat eine rote Farbe, die die Eingeborenen gewinnen aus ihr einen Farbstoff, mit dem sie ihrer Kleidung einen roten Ton verleihen. Das harte Holz ist sehr dauerhaft und bietet dem Bettler großen Widerstand; es wird daher hauptsächlich beim Bau der Häuser verwendet. Wer dieser hilfreiche Baum spendet dem Menschen nicht nur sein Holz, seine Rinde und seinen Saft, sondern er erfreut ihn auch durch seine Frucht, die von der Größe eines Apfels ist und ein erquickendes Obst darstellt.

300 Millionen Dollar Schaden durch einen Käfer. Der Gesamtschaden, den der Baumtollwühlkäfer bisher in den Vereinigten Staaten angerichtet hat, wird auf 200—300 Millionen Dollar geschätzt. Dabei fehlt dieses gefährliche Tierchen seinen Vernichtungszug unentwegt weiter fort und ist seit dem Jahre 1892, da es von Mexiko her nach Texas einbrang, immer weiter vorgegriffen. Wie in der „Umschau“ mitgeteilt wird, waren 1921 nur noch 5,4 Proz. der mit Baumwolle bestellten Ländereien von dem Rüsselkäfer frei. Der jährliche Schaden, den er anrichtet, beträgt etwa 8 Millionen Dollar. Trotz eifriger Anstrengungen ist bisher noch kein wirksames Bekämpfungsmittel gefunden worden.

Die Deutsche Akademie der Künste hat folgende neue Mitglieder ernannt, die vom Kultusminister bestätigt worden sind: die Walter Pauli (Berlin), Karl Hagemeister (Berlin), Edward Ruch und Axel Wallén; die Walter Franz Schreier, Ferruccio Busoni, Walter Braunfels, Alexander Glazunow und Karl Rittlen (wie die schwedischen Künstlerin Dehner und Beckmann).

Oskar Reiter, bei der älteren Berliner Generation als langjähriger Mitglied (Sondant, später Altredakteur) des ehemaligen Königl. Schopenhauerklub in eurer Erinnerung, ist 77 Jahre alt, gestorben.

Als Vorken Siegfrieds b. b. Trend hat die Gattin des Dichters heute 8 Uhr im Rükischen Saal des Charlottenburger Rathauses religiös Dichtungen vor.

# Die gestrige Unterhausdebatte.

Die Rede Macdonalds.

London, 6. März. (WZ.) Ramsay Macdonald führte heute nachmittags im Unterhaus noch aus, niemand werde behaupten, daß sich die Lage bessere. Statt Sicherheit habe das französische Unternehmen Unsicherheit geschaffen und diese werde nicht enden, wenn Deutschland wieder auflebe, sondern sie werde Generationen lang andauern. Es gebe keine Nation in der Welt, die besser in der Lage sei, sich auf

die Psychologie der Reaktion

zu verstehen als Frankreich selbst, denn dieses brauche nur seine eigene Geschichte zu betrachten. Der Redner fuhr fort: Angenommen, Deutschland gibt heute noch und erklärt Frankreich, „wir können nicht länger Widerstand leisten, wir sind geschlagen, laßt, was ihr wollt, das wir tun sollen“ — angenommen, dies geschieht, so ist Deutschland heute weniger in einem irrenden Verpfändungszustand, als es vor sechs Wochen bei Beginn des Ruhrabenteuers war. Ueber Frankreichs Haltung sagte der Arbeiterführer, ein Land, das ein Abenteuer unternommen habe, dessen Ende es nicht klar bezeichnet habe, laufe Gefahr, eine Katastrophe zu erleben. Das französische Unternehmen habe einen immer größeren Umfang angenommen und heute befinde sich Frankreich in der Lage eines Landes, das etwas zu erreichen suche, was es selbst nicht bezeichnen könne, und das

eine Reise ins Blaue

hinein unternehme. Ein solches verhängnisvolles Suchen nach Unbekanntem und Unbegrenztem bringe dann weiter dieses Land in eine sehr schlimme Lage. Ueber die Möglichkeit, daß Frankreich einen europäischen Block unter dem Schutze Englands bilden könne, sagte Macdonald, wenn Frankreich seinen Frieden mit Deutschland schließt, und England vor eine vollendete Tatsache stelle, wenn Frankreich in seinem eigenen Interesse die in Versailles erzielten Forderungen wieder aufnehme und einen neuen Vertrag herstelle, ohne sich vorher mit seinen früheren Alliierten zu beraten, könnten sich daraus schwere Gefahren für den europäischen Frieden ergeben. Vielleicht werde das, was jetzt seinen Anfang nehme,

schließlich mit einem Kriege enden,

wenn nicht große Sorgfalt angewandt werde. England müsse Europa einen Weg weisen. Was die Stellung Englands in der Reparationskommission und in der Rheinlandkommission anbetreffe, so übernahmen diese beiden Kommissionen die Verantwortung für Dinge, für die sich England nicht verantwortlich machen lassen sollte. Trotzdem stehe der Vertreter Großbritanniens stillschweigend da. Man müsse sich fragen, ob dies eine angemessene Stellung für ein Land wie England sei. Die Rheinlandkommission dürfe nicht zu politischen Zwecken gebraucht werden, wie dies jetzt geschehe, trotzdem nehme England keine andere Haltung ein, als daß es seine Vertreter annehme, sich ruhig und schweigend zu verhalten. Dies könne unmöglich noch so weiter gehen. England müsse versuchen, sein Bestes zu tun, um Deutschland zu veranlassen, sich zu erklären und zu sagen, was es als eine vernünftige Verpflichtung ansehen würde. Kein Land sei in einer besseren Lage, dies zu tun, als England. Augenblicklich handle es sich nicht um die Geschichte von heute oder morgen, sondern um die Geschichte der nächsten 50 Jahre. Augenblicklich bestünde kein Mittel, um die öffentliche Meinung in den verschiedenen Ländern miteinander in Fühlung zu halten und ausfindig zu machen, was sie über die Lage denke.

Großbritannien sollte die moralische Führung in Europa übernehmen. Er sei bereit, alle Vorschläge, einschließlich derjenigen des Völkerbundes, anzunehmen, da dies die beste Methode sei, Sicherheit für Frankreich zu erhalten. Um unmittelbare Forderungen für Frankreich zu sichern, trat er für eine internationale Anleihe ein, die auszureichen werden sollte, sobald der Reparationsbetrag festgelegt sei. Macdonald betonte, daß man sich von den Ereignissen wie Drahttruppen lenken lasse, anstatt die Ereignisse zu lenken. Ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich und Belgien würde den Vorschlag der Arbeiterpartei für eine interparlamentarische Konferenz willkommen heißen. Es sei zu hoffen, daß, wenn eine vorläufige Aussprache zwischen dem britischen, dem französischen und dem belgischen Parlamentsauschuss stattgefunden habe, im Anschluß daran der Deutsche Reichstag um Rat gefragt werden könne.

# Die Türken unnachgiebig.

Der Vertragsentwurf von Lausanne abgelehnt.

London, 7. März. (WZ.) Reuter meldet aus Konstantinopel: Ein amtliches Telegramm aus Angora besagt: Die Nationalversammlung hat beschlossen, daß der Vertragsentwurf von Lausanne unannehmbar sei, da er dem nationalen Will widerspreche. Eine beträchtliche Mehrheit hat die Regierung ermächtigt, ihre Bemühungen fortzusetzen, um zu einem Frieden zu gelangen auf der Grundlage innerhalb einer vorläufigen Periode und der Regelung der finanziellen, wirtschaftlichen und Verwaltungsfragen unter Wahrung der vollständigen Unabhängigkeit der Nation wie endlich der vollständigen Räumung der besetzten Gebiete nach Abschluß des Friedens.

# Protest der Reichsbank.

Das Reichsbankdirektorium hat auf die telegraphische Mitteilung des Generals Degoutte, daß er wegen rückständiger Zahlungen der Reichswehrverwaltung die beschlagnahmten 12,8 Milliarden nicht wieder freigegeben werde, geantwortet. In dem Antworttelegramm protestiert das Reichsbankdirektorium erneut gegen die Beschlagnahme und erklärt, daß die Reichsbank ein Privatinstitut ist, das keineswegs für die vom Reich übernommene und nicht ausgeführten Verpflichtungen verantwortlich gemacht werden könne.

# Devisenkurse.

|                             | 6. März              |                         | 5. März              |                         |
|-----------------------------|----------------------|-------------------------|----------------------|-------------------------|
|                             | Käufer (Reichs-Mark) | Verkäufer (Reichs-Mark) | Käufer (Reichs-Mark) | Verkäufer (Reichs-Mark) |
| 1 holländischer Gulden      | 8170.50              | 8280.50                 | 8917.65              | 8962.85                 |
| 1 argentinische Papier-Peso | 7890.72              | 7729.28                 | 8403.09              | 8446.07                 |
| 1 belgischer Franc          | 1087.27              | 1092.73                 | 1199.49              | 1205.51                 |
| 1 norwegische Krone         | 8780.52              | 8709.48                 | 4109.70              | 4130.30                 |
| 1 dänische Krone            | 8980.07              | 8979.93                 | 4304.21              | 4325.79                 |
| 1 schwedische Krone         | 5516.17              | 5543.83                 | 5999.96              | 6030.04                 |
| 1 finnische Mark            | —                    | —                       | 626.48               | 629.57                  |
| 1 japanischer Yen           | 8876.25              | 8924.75                 | 10773. —             | 10827. —                |
| 1 italienische Lire         | 982.53               | 987.47                  | 1079.70              | 1085.21                 |
| 1 Pfund Sterling            | 97785. —             | 98345. —                | 106238.75            | 107098.25               |
| 1 Dollar                    | 20623.31             | 20726.69                | 22518.56             | 22631.44                |
| 1 französischer Franc       | 1248.87              | 1253.13                 | 1874.58              | 1881.45                 |
| 1 brasilianischer Milreis   | 2819.18              | 2830.82                 | 2508.71              | 2521.29                 |
| 1 Schweizer Franc           | 8887.88              | 8857.12                 | 4204.46              | 4225.54                 |
| 1 spanische Pesta           | 3204.48              | 3220.52                 | 3806.21              | 3829.75                 |
| 100 österr. Kronen (abgef.) | —                    | —                       | 81.42                | 81.58                   |
| 1 türkische Krone           | —                    | —                       | 608.82               | 611.68                  |
| 1 ungarische Krone          | —                    | —                       | 7.43                 | 7.47                    |
| 1 bulgarische Leva          | —                    | —                       | 128.67               | 129.83                  |
| 1 jugoslawischer Dinar      | —                    | —                       | 245.88               | 247.12                  |

# Hausverwalter für Ausländer.

Viele Berliner Mieter wissen gegenwärtig nicht oder nicht genau, wer ihr Hausbesitzer ist. Sie wissen nur: ein Ausländer ist es. Einmal hat sich einer fälschlich gemeldet, einer aus Budapest oder aus Amsterdam, vielleicht auch aus Mailand oder aus Tokio. Das ist schon lang: her, schon drei Monate. Seitdem ist das Haus wieder mehrmals überschoben. Beim Grundbuchamt zuft man die Urhefen. Hier ist ein Spanier als Besitzer eingetragen. „Nein,“ sagt der Hausverwalter, „das stimmt nicht. Der Spanier hat das Haus besessen, als das Pfund Margarine noch tausend Mark kostete. Der hat längst wieder verkauft.“ Ein Hausverwalter ist nämlich immer da. Niemand hat ihn in Berlin so viele von dieser Nebenberufsgattung gehabt. Auch der Hausverwalter weiß oft nicht oder will nicht wissen, wer der Hausbesitzer ist. Irgendeine nebelhafte Treuhändergesellschaft oder Grundstücksverwaltung m. b. H. hat ihn eingesetzt. Vorher war er Obmann der Mietervertretung. Jetzt ist er gewissenhaft auf die andere Seite gesippt und nimmt für eine Handvoll Tausendmark seine Interessen der unbekanntem Hausbesitzergröße wahr. Sehr ernst sogar. Der Hausbesitzer könnte es nicht besser machen. Der Kampf der Mieter ist nur schwieriger geworden. Der Hausverwalter, Obmann außer Dienst, steht ständig auf Kriegsfuß mit der Mietervertretung. Eins nur ist von Vorteil. Der sogenannte Ausländer hat an der grünen Spree eine Million hinterlassen. Für ihn sind es ja nur ein paar Bolutagroschen. Davon soll das Haus insandergesetzt werden. Es rentiert sich, bringt 3 Millionen beim Verkauftwerden sicher ein Schade, daß man nicht die ganze Bude herunterreißen kann. Die alten Klamotten würden aus dem Riesenschatz der Wohnungsbaubehörde noch besser bezahlt werden als die Hausverschönerung.

# Ausweisung eines ausländischen Häuserpekulanten.

In Nr. 577 des „Vorwärts“ vom 7. Dezember v. J. veröffentlichten wir einen Aufsatz „Ausländische Häuserpekulationen an der Arbeit“. Wir schürten darin das für die Berliner Bürgerschaft schädliche Treiben eines amerikanischen Viehhändlers, der sich in einem vornehmen Berliner Hause eingekauft hatte. Obwohl wir keine Namen genannt hatten, ließen die von uns angeführten tatsächlichen Tatsachen keinen Zweifel darüber, um wen es sich handelte. Wir haben gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die widerrechtete Meinung, die Behörden seien solchen Ausländern gegenüber völlig machtlos, keineswegs zutreffend ist. Heute sind wir in der Lage, zur Kenntnis unserer Leser zu bringen, daß die „Furcht in die Dossentlichkeit“, die wir damals unseren Bürgern als wirksamsten Schutz gegen die Drangsalierungen seitens der ausländischen Häuserpekulanten empfahlen, einen vollen Erfolg erzielt hat. Im November v. J. ist im Polizeipräsidium ein Fremdenamt errichtet worden, dem die Aufgabe zugefallen ist, die Spren vom Belzen zu scheiden und jenen Ausländern, deren Verweilen in Berlin nachweislich mit einer Beeinträchtigung der Interessen der Einwohnerschaft verbunden ist, die Aufenthaltserlaubnis zu entziehen. Wie wir erfahren, ist nun auf Grund umfassender Recherchen, die offenbar an unsere Veröffentlichung anknüpften, festgestellt worden, daß der kubanische Viehhändler Leopold Blum aus Havana Bines 149 in Berlin, Kurfürstendamm 150, wohnhaft, durch sein Vorgehen auf dem Gebiete des Berliner Häuserwesens, insbesondere durch das Aufkaufen von Grundstücken, sein Bestreben, die Mieter aus ihren Wohnungen zu verdrängen, sowie durch verächtliche Äußerungen über die städtischen Beamten, Beunruhigung unter der Berliner Einwohnerschaft hervorgerufen hat. Infolge dessen ist ihm am 28. Februar die Aufenthaltserlaubnis mit sechsmonatiger Frist entzogen worden. Die Mienen nur mit Genugtuung hervorzuheben, daß das Berliner Fremdenamt in diesem Falle seiner Pflicht mit der nötigen Entschlossenheit, dabei aber maß- und lakonisch, nachgekommen ist. Ebenso erfreulich ist die uns zukommende Nachricht, daß auch die amerikanische Vertretung angesichts des vorliegenden delictischen Lebensmaterials von jeder Intervention zugunsten ihres Staatsangehörigen abgesehen hat.

# Güterzugentgleisung am Bahnhof Westend.

Heute morgen um 5 Uhr ereignete sich zwischen den Stationen Westend und Bieleben ein Eisenbahnunglück. Ein Güterzug entgleiste am Bahnhof Westend dadurch, daß ein Wagen aus den Schienen sprang. Die folgenden Wagen fuhren über die Unfallstelle hinaus und stießen aufeinander, so daß zehn bis fünfzehn Wagen vollkommen zertrümmert wurden. Vom Fahrerpersonal ist wahrscheinlich ein Schaffner, der bisher nicht ermittelt werden konnte, verunglückt. Da die Strecke nicht so schnell von den Trümmern befreit werden konnten, mußten die Ringbahnzüge zunächst umgeleitet werden. Die genaue Ursache des Unglücks konnte noch nicht festgestellt werden.

# Der Wächtermord.

Verhaftung von verdächtigen Personen.

Das Eckhaus Neue Friedrich- und Schillerstraße ist ein großes Geschäftsgebäude. Die Logerkeller haben viele dunkle Gänge, Ecken und Winkel. Nachdem die Einbrecher von der Schillerstraße her ein Loch von 4 Meter im Giebel aus einer Wand herausgedröhren hatten, und so eingedrungen waren, konnten sie sich leicht verstecken, um aus dem Hinterhalt über den Wächter herzufallen. Die Verbrecher haben ihr Opfer von der Kontrolluhr etwa 10 Meter weg an eine ganz dunkle Stelle geschleppt und dort liegen lassen. Blut, das in großer Menge aus der Wunde geflossen ist, zeigt deutlich diesen Weg. Der Verbrecher ist wahrscheinlich gegen 2 Uhr ausgeführt worden. Um diese Zeit schlug der Hund des Schenkmeisters Schmöller in der Schillerstraße während an und betäubte sich auch nicht wieder. Der Wirt sah aus dem Fenster nach dem Hofe hinaus, konnte aber nichts Verdächtigendes wahrnehmen. Um 4 Uhr hörte der Hausverwalter, der neben den Logerräumen und Werkstätten der Geschäftsleute des großen Hauses ebenfalls einen Patientenverlag hat, auf dem Hof ein Pfeifen. Durch das sich wahrscheinlich die Verbrecher verständigten, daß jetzt die Zeit und der Augenblick geeignet sei, das Haus zu verlassen. Heute haben sie nach den bisherigen Feststellungen nicht mitgenommen. Ballen von Stoffen, Seinen, Wolle und dergl., auf die sie es wohl abgesehen hatten, fand man an mehreren Stellen in den Gängen liegen, auch einen Sack, den die Verbrecher mit fertiger Wäsche bereits vollgestopft und zugebunden hatten. Den Revolver, den der Wächter über dem Mantel in einem Futteral trug, haben die Verbrecher ihm abgenommen, nachdem sie ihn niedergestreckt und wehrlos gemacht hatten. Die Wochtkommission ist dabei, durch Vernehmung der Hausbewohner und anderer Zeugen Anhaltspunkte zur Verfolgung und Ermittlung der Täter zu gewinnen. Als Täter kommen wahrscheinlich die Mitglieder einer der Einbrecherkolonnen in Frage, die in der letzten Zeit schon wiederholt in jener Gegend gehandelt haben. Mehrere Einbrüche sind dort ganz in derselben Art ausgeführt worden wie der letzte, bei dem der Wächter Reeves seinen Tod fand. Die Wochtkommission geht diesen Spuren nach und hat auch bereits eine Anzahl Verdächtiger angehalten, deren Alibiwidersprüche gegenwärtig noch nachgeprüft wird. Beim Abhören aller Räume fanden die Kriminalbeamten auch das Einbrecherwerkzeug der entkommenen Verbrecher. Die Verbrecher waren hiernach gut ausgerüstet und haben den Einbruch ohne Zweifel schon langst handvorbereitet gehabt.

Im Hause Kurfürstendamm 182/183 gab Montag gegen 3/4 Uhr die 26 Jahre alte Gertrud Büschke, die im Hause Krumme Str. 26 in Charlottenburg wohnt, auf den Kaufmann Hubert Franz in seiner Wohnung fünf Schüsse ab. Zwei Kugeln trafen die rechte Schulter, eine dritte Kugel drang in die rechte Brust, die vierte zertrümmerte

eine Fensterscheibe und die fünfte ein Spiegelglas. Franz wurde von einem Arzt verbunden und konnte in der Wohnung verbleiben. Ueber den Beweggrund verweigerten beide bisher hartnäckig jede Auskunft.

# Die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.

Eine Versammlung der Schupo-Beamten.

Die gefährdete nächtliche Sicherheit Berlins und die Angriffe, die aus diesem Grunde gegen die Schupo-Beamten gerichtet werden, bildeten den Anlaß zu einer Versammlung der Polizeibeamten Groß-Berlins, die gestern in der Bodbrauerlei, Fiedrichstraße, stattfand. Die Sozialdemokratie hatte Vertreter aus dem Landtage, sowie aus dem Stadtparlament entsandt. Der Polizeipräsident war vertreten durch den Regierungsrat v. Müller. Zur Dienstregelung führte zunächst Schröder aus, daß der Polizeipräsident für die Polizeibeamten nicht so unmöglich sei, wie es behauptet werde. Der 24stündige Dienst könne zur Dienstfreudigkeit der Beamten nicht beitragen. Redner man dazu, daß diejenigen, die den schwersten Dienst haben, den Befolungsgruppen 2, 3 und 4 unterstehen, so sei es kein Wunder, daß etwa 5000 Stellen, etwa ein Drittel der Gesamtstärke der Schupo, unbesezt sind. Wenn jetzt soviel von der nächtlichen Unsicherheit Berlins geredet werde, so sei hierauf zu antworten, daß die Beamten, die die Sicherheit aufrechterhalten sollen, dem eigentlichen Polizeidienst durch übermäßiges Exerzieren in den Kasernen entzogen werden. Den 24stündigen Dienst hätte man jetzt dahingehend geändert, daß nach der 24stündigen Ruhepause ein 24stündiger Bereitschaftsdienst eintrete, der mit Exerzieren ausgefüllt sei. Das beeinträchtigt die Dienstfreudigkeit des Polizeibeamten. Statt im Bereitschaftsdienst, sollten die Beamten im praktischen Sicherheitsdienst beschäftigt werden. Wenn der Erlaß des Staatsministeriums eine 48stündige Dienstwoche für jeden Staatsbeamten vorsehe, so führe der Redner aus, wollen auch wir dieses für uns in Anspruch nehmen. Viele Instanzen halten die Beamten für den Kasernen dienst zurück. Bei Verringerung des Dienstplanes könnten doppelt soviel Beamte Aufwendungsstellen versehen. Wir bitten nicht mehr um eine Dienstregelung, wir fordern sie! (Starker Beifall.) Mit einem Wohnwort fest und einig zur Organisation zu stehen, schloß Schröder sein beifällig aufgenommenes Referat. Dann begann eine rege Aussprache. Verbandssekretär Genosse Albinus betonte darin, daß der Kampf der Polizeibeamten um einen menschenwürdigen Dienst gehe. Die Vorschläge der Organisation, einen Dienst von dreimal acht Stunden einzuführen, wodurch doppelt soviel Stellen auf der Straße sein könnten, seien von den maßgebenden Stellen nicht beachtet worden. Rait von der Dienststrenge, ist der Beamte nicht in der Lage, dem Unterricht zu folgen. Ist der Unterricht vorbei, so übt man „Kopfschütteln“, die später durch „Trostschwimmen“ abgelöst wird. Werden die Beamten auf diese Weise dem Dienst entzogen, so sei es nicht verwunderlich, daß in einem Berliner Vorort mit 56 000 Einwohnern ein einziger Polizeibeamter nachts auf den Straßen patrouilliert. Auch die weiteren Redner forderten eine bessere Dienstregelung. In seinem Schlußwort kündigte Schröder den Schritt an, die Dossentlichkeit an, um die Bevölkerung über die wahren Ursachen der nächtlichen Unsicherheit in Groß-Berlin aufzuklären.

# Die Wasserkosten des Kleinsiedlers.

Für Benutzung des Wassermessers fordert die Stadt von jedem Grundstück ein Entgelt, das als fester Zuschlag zum Wasserverbrauch berechnet wird. In den Kleinhäuserwohnungen wirkt das als Belastung, weil für den Inhaber eines kleinen Grundstücks der Betrag stark ins Gewicht fällt. Daher hat in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Wir beantragen, den Magistrat zu ersuchen, die Härten, die sich aus der gegenwärtigen Regelung der Wassermessermieten für Kleinsiedler ergeben, zu beseitigen.“

Einrichtung von Konkretozellen. Der städtische Ausschuss hat der Magistratsvorlage zugestimmt mit der Anregung, den Bezirksämtern zu empfehlen, bei gleicher pädagogischer Eignung dem Bewerber den Vorzug zu geben, bei dem Verständnis und Teilnahme für die jugendpflegerischen Aufgaben vorhanden ist. Der gleiche Ausschuss befaßte sich mit der Vorlage über Eingruppierung der Studiendirektoren, Oberstudienräte usw. und stimmte ihr zu, da man die Lehrer an den städtischen Anstalten nicht schlechter stellen wollte, als die an den staatlichen Anstalten.

Eine „Reisekutsche mit Mozart“ veranstaltet der Bezirk Tiergarten heute um 8 Uhr im Ball-Realmuseum, Löhstr. 8a, und am 9. März, 8 Uhr, in der Altkönig-Oberrealschule, Zwinglistraße 2. Eintrittskarten zu 150 Mark an der Abendkasse.

# Flug des Reichspräsidenten nach Leipzig.

Auf dem Tempelhofer Feld, an der Süd-Westseite der Hasenheide hatten sich heute in der letzten Morgenstunde zahlreiche Schaulustige eingefunden, die dem Abflug des Reichspräsidenten zur Leipziger Reise beizuhören wollten. Vor einer kleinen Unterkunfthütte waren zwei Junkers-Verkehrsmaschinen aufgestellt, die um 7 Uhr 45 Minuten nach Leipzig starteten. In kurzen Abständen landeten bald darauf, von Johannistal kommend, drei weitere Flugzeuge, von denen eins die Standardmaschine des Reichspräsidenten trug. Nach 8 Uhr trat Präsident Ebert mit seiner Begleitung auf dem Flugplatz ein. Der Reichspräsident bestieg unter einem wahren Kreuzfeuer von Photographen und Kinooperatoren die für ihn bereitgestellte Maschine, die mit den anderen um 8 Uhr 45 Minuten einer eleganten Schleiße über dem Tempelhofer Feld den Flugplatz in südlicher Richtung verließ.

Aus Leipzig wird uns gemeldet: Der Reichspräsident traf heute vormittag gegen 11 Uhr auf dem Flugplatz Rodau ein und nahm hier an der Einweihungsfeier des Weitzflughafens Leipzig-Rodau teil, der einen Knotenpunkt für den internationalen Flugverkehr bilden soll. Oberbürgermeister Dr. Rothe hielt die Einweihungsrede, in der er auf die Bedeutung Leipzigs als Sammelpunkt des Weltverkehrs sowie auf die Bestrebungen der Stadt hinwies, hier auch einen Zentralpunkt des Luftverkehrs zu schaffen. Der Reichspräsident erwiderte in einer Ansprache, in der er es als ein erfreuliches Zeichen deutschen Unternehmungsgewisses und weitblickender Tatkraft bezeichnete, daß trotz der Not unseres Landes und der immer noch unklaren Lage der deutschen Luftfahrt die deutschen Städte begannen haben, die Grundfragen für einen späteren großen internationalen Flugverkehr zu schaffen. Er schloß mit dem herzlichsten Wunsch, daß die neuen Verkehrswege, die sich der Stadt und ihren Weissen durch diesen Weitzflughafen eröffnen, ihr technisch wie wirtschaftlich neue Belebung und neue Kraft zuführen mögen, und daß auch der heutige Tag der Einweihung des Flughafens Leipzig-Rodau mit ein Stein sei für die Grundmauern der zukünftigen deutschen und internationalen Handelsluftfahrt. Mit diesem Wunsch erklärte der Reichspräsident den Weitzflughafen Leipzig-Rodau für eröffnet.

# Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst etwas wärmer, überwiegend trübe mit leichten Regenschauern und gleichmässigen westlichen Winden. Nachher zeitweise aufklarend und wieder etwas kälter.

# Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. WZ. Donnerstag, abends 8 Uhr. Vortragsvorlesung bei Dohrenlog, 50, nördlicher Str. 11, Berlin, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung östlicher Funktionäre bei Dohrenlog, Eimerländer Str. 11. Die Bezirksleiter haben die Pflicht, zeitlich zu erscheinen.  
12. WZ. Mittwoch, Donnerstagabend, 7 1/2 Uhr, im Realschulhaus, Weitzflughafen, Preussenschloß, Thema: „Die politische Lage.“ Referent: Genosse Hermis Weitzflughafen.  
Jugendgruppen, Gruppe Rodau. Donnerstagabend, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim, Rodau, Vortrag von Paulus von Krenshorn über „Ein Tag der Rüstung“. Die Partei- und Jugendgenossen Krenshorns sind herzlich eingeladen.

